

Gemeindevertretung

Niederschrift

über die am **Donnerstag, den 22. April 2021 um 19.00 Uhr** in der **kleinen Turnhalle der MMS Thüringen** stattgefundene 4. Sitzung der Gemeindevertretung Thüringen.

Anwesend waren:

Bgm. Mag. Harald Witwer	GV Jürgen Küng
Vizebgm DI (FH) Reinhold Schneider	GV Manfred Berle
GR DI (FH) Werner Madlener	GV Patrick Studer
GR Berno Witwer	GV Helmut Jussel
GR Markus Hartmann	GV Günter Wernautz
GV Melanie Loretz	GV DI (FH) Markus Steiner
GV Gerhard Burtscher	GV Mario Vonbank
GV Christina Hammer	GV Michael Tschann
GV DI (FH) Otto Rinner	GV Ing. Franz Haid
GV Pascal Madlener BSc MSc	GV-E Stefan Hartmann
GV Beate Schwärzler	

Entschuldigt waren:

GV Ing. Mag. (FH) Thomas Schöpf

Abwesend waren:

Schriftführer: Johannes Rauch

Tagesordnung:

- Pkt. 1) Genehmigung der Niederschrift über die am 21.01.2021 stattgefundene 3. Sitzung der Gemeindevertretung

- Pkt. 2) Anpassung Grundwasserschongebiet „Untere Lutz“ und „Tschalenga Au“
- Pkt. 3) Landesprogramm familieplus – Beratung und Beschlussfassung
- Pkt. 4) Elektroauto
- Pkt. 5) Resolution Volksabstimmungsverfahren

B) Berichte

C) Allfälliges

Bgm. Mag. Harald Witwer begrüßt die Mitglieder der Gemeindevertretung, stellt die Beschlussfähigkeit gemäß § 43 Gemeindegesetz der ordnungsgemäß eingeladenen Gemeindevertreter fest und eröffnet die Sitzung.

Der Bürgermeister beantragt die Zulassung der Auskunftspersonen DI Thomas Blank zu Top 2) sowie Mathias Mathis zu Top 3).

Die Gemeindevertretung stimmt dem einstimmig zu.

A) Beschlussgegenstände

Pkt. 1) Genehmigung der Niederschrift über die am 21.01.2021 stattgefundene 3. Sitzung der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung genehmigt einstimmig die Niederschrift über die am 21.01.2021 stattgefundene 3. Sitzung der Gemeindevertretung.

Pkt. 2) Anpassung Grundwasserschongebiet „Untere Lutz“ und „Tschalenga Au“

Der Bürgermeister begrüßt die Auskunftsperson DI Thomas Blank von der Abteilung Wasserwirtschaft des Landes Vorarlberg, führt kurz in das Thema ein und übergibt DI Thomas Blank das Wort.

Auskunftsperson DI Thomas Blank stellt der Gemeindevertretung anhand einer Präsentation das derzeitige Grundwasserschongebiet „Untere Lutz“ – „Tschalenga Au“ ausführlich vor. Er erläutert, dass Vorarlberg ein sehr niederschlagsreiches Land ist und im Vergleich weit über dem österreichischen Schnitt liegt. Diese Wässer gelangen in das Grundwasser. So hat der Grundwasserkörper im Walgau Potential zur Entnahme von rund 1350l/s. Um eine mögliche Errichtung von Brunnen für die Trinkwasserversorgung sicherzustellen, gibt es eine Schongebietsverordnung aus dem Jahre 1974. Eine Anpassung dieses Schongebiets ist trotz geänderter Raumnutzung bisher nicht erfolgt und ist nun Anstoß für die Anpassung. Industrie- und Be-

triebsgebiete wurden zwischenzeitlich innerhalb des Schongebiets errichtet. Hingegen geeignete und schützenswerte Flächen liegen außerhalb des derzeitigen Schongebiets. Der Auftrag der Landespolitik an die Abteilung Wasserwirtschaft liegt in der Erstellung eines Entwurfes zur Anpassung des Schongebiets. DI Thomas Blank präsentiert der Gemeindevertretung anhand eines Planes die geplanten Veränderungen im Grundwasserschongebiet. Darüber hinaus teilt er mit, dass auf den Flächen innerhalb des Schongebiets weiterhin die bisher übliche land- und forstwirtschaftliche Nutzung weitergeführt werden kann und soll. Ein Schongebiet hat das Ziel das Grundwasser vor Beeinträchtigungen wie beispielsweise Verbauung, Lagerung von grundwassergefährlichen Stoffen und Kiesentnahmen zu schützen. Eine über die land- und forstwirtschaftliche Nutzung hinausgehende Benutzung bedarf einer wasserrechtlichen Bewilligung. Jene Grundeigentümer, welche von der Anpassung des Schongebiets betroffen sind bzw. neu ins Schongebiet fallen würden, wurden im Rahmen einer Infoveranstaltung durch Mitarbeitende der Abteilung Wasserwirtschaft am 24. und 25. März informiert. Den Grundeigentümern wurde dabei die Möglichkeit geboten, Stellungnahmen beim Land Vorarlberg abzugeben. Derzeit werden die Gemeindevertretungen der betroffenen Gemeinden informiert. Die Entscheidungskompetenz über die Verordnung selbst ist beim Landeshauptmann. Der Präsentation folgt eine ausführliche Diskussion in welcher sämtliche Fragen der Gemeindevertretung von der Auskunftsperson DI Thomas Blank beantwortet werden. Im Diskussionsverlauf hat sich gezeigt, dass die Gemeindevertretung mit den Flächen, welche neu in die Schongebietsverordnung aufgenommen werden sollen, einverstanden ist. Ebenfalls signalisierte die Gemeindevertretung, dass die bebauten Flächen des Schongebietes wie etwa die Fa. Hilti sowie die Wohnobjekte, welche westseitig der Hilti Straße gelegen sind, aus dem Schongebiet entnommen werden sollen. Die nördlich der unteren Werkstraße gelegenen Flächen, welche im neuen Schongebietsentwurf nicht mehr als Schongebiet definiert sind, sollen nach der Ansicht der Gemeindevertretung weiterhin als Schongebiet bestehen bleiben.

Pkt. 3) Landesprogramm familieplus Beratung und Beschlussfassung

Der Bürgermeister begrüßt die Auskunftsperson Mathias Mathis als Projektleiter von „familieplus“, führt kurz in das Thema ein und übergibt Mathias Mathis das Wort.

Mathias Mathis präsentiert der Gemeindevertretung das Landesprogramm für kinder-, jugend- und familienfreundliche Gemeinden in Vorarlberg. Im Grunde geht es bei „familieplus“ um die Verbesserung der Lebensqualität für Familien in Thüringen. Es handelt sich um einen langfristigen und kontinuierlichen Qualitätsprozess, welcher von einer externen Gemeindebegleitung unterstützt wird. Ebenfalls finden in bestimmten Zeitintervallen Auditierungen statt. Die jährlichen Kosten für die Gemeinde Thüringen liegen derzeit bei 4.497,00€. Das Land Vorarlberg fördert dabei die Gemeinde Thüringen mit einem Grundförderungssatz von 30%. Als Leistungen werden dezidiert Projektleitung, Auditierungen, Gemeindebegleitung, Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit, Landestreffen, Weiterbildungen sowie Exkursionen genannt.

Melanie Loretz teilt als Ausschussobfrau mit, dass der Ausschuss ausführlich über das Thema „familieplus“ beraten habe, der Ausschuss bereits voller Tatendrang sei und der Gemeindevertretung den Beitritt zum Programm empfiehlt.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig den Beitritt zum Landesprogramm „familieplus“.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Mathias Mathis sowie Melanie Loretz für ihr Engagement.

Pkt. 4) Elektroauto

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Leasingvertrag des Elektroautos ausläuft und daher Handlungsbedarf besteht.

Dem Ausschuss wurden mehrere Varianten vorgestellt, vom Leasing eines neuen Elektroautos, vom Weiterleasen des Bestehenden oder vom Kauf des Elektroautos zum aktuellen Restwert.

Werner Madlener teilt als Ausschussobmann mit, dass nach eingehender Diskussion die Empfehlung des Ausschusses zum Leasing eines neuen E-Autos an die Gemeindevertretung ergeht. Zudem soll das bestehende Elektroauto zum Restwert gekauft werden, die Batterie jedoch weitergeleaset werden. Dieses Fahrzeug wird dem Finanzdienstleistungszentrum Blumenegg kostenpflichtig zur Verfügung gestellt. Ebenfalls sollen beide Fahrzeuge zum Carsharing angeboten werden. Ob der Ankauf des „alten“ Elektroautos über das FLZ oder die Gemeinde erfolgt, ist an den VKW Flatttarif gekoppelt.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Anschaffung eines neuen Elektroautos mit der Finanzierungsform Leasing.

Pkt. 5) Resolution Volksabstimmungsverfahren

In der Gemeinde Ludesch fand am 10.11.2019 eine Volksabstimmung zur Landesgrünzone statt. Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 06.10.2020 die Volksabstimmung wegen Widerspruchs gegen dem in der Bundesverfassung verankerten repräsentativ-demokratischen Systems aufgehoben. Der Verfassungsgerichtshof hat die Landesregierung beauftragt das Landesvolksabstimmungsgesetz bis Ende 2021 zu korrigieren. Das Gesetz ist beim Land Vorarlberg derzeit in Begutachtung. Eine Initiative hat in vielen Vorarlberger Gemeinden Anträge zur Durchführung einer Volksabstimmung über Volksabstimmungsverfahren eingebracht. In vielen Gemeinden, wie auch in Thüringen sind die Initiatoren einverstanden, wenn die Gemeindevertretung über die mit der Einladung zur Sitzung mitgesandten Resolution abstimmt.

Mit der Einwilligung des Bürgermeisters zur Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes erfolgte die Rückziehung des Antrages auf Durchführung einer Volksabstimmung.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig folgende vom Vorarlberger Gemeindeverband ausgearbeitete Resolution:

Resolution der Gemeinde Thüringen
zum Volksabstimmungsverfahren in den Gemeinden

Nach §§ 22 des Vorarlberger Gemeindegesetzes kann in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde durch eine Abstimmung der Stimmberechtigten der Gemeinde entschieden oder verfügt werden. Der Bürgermeister hat eine Volksabstimmung anzuordnen, wenn es von einer bestimmten Zahl an Stimmberechtigten verlangt wird.

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 6. Oktober 2020, Zl. G 166-168/2020, diese Regelung wegen Widerspruchs zu dem in der Bundesverfassung verankerten repräsentativ-demokratischen Systems aufgehoben. Der Art. 117 Abs. 8 B-VG dürfe nicht so verstanden werden, dass eine Volksabstimmung den Gemeinderat auch gegen dessen Willen zur Erlassung von verbindlichen Rechtsakten und zur Unterlassung entgegenstehender Rechtsakte verpflichten kann.

Das Instrumentarium einer vom Volk initiierten Volksabstimmung hat in Vorarlberg bereits eine lange Tradition und ist Ausdruck einer in Vorarlberg gelebten Form der direktdemokratischen Mitwirkung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen.

Die Gemeinde Thüringen ersucht deshalb den Bundesverfassungsgesetzgeber die verfassungsgesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die den Landesgesetzgeber ermächtigen, Regelungen zu erlassen, wonach von den Stimmberechtigten Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern initiierte Volksabstimmungen über Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde durchgeführt werden können.

*Thüringen, am 27.04.2021
Für die Gemeinde Thüringen
Der Bürgermeister*

*Mag. Harald Witwer
Ergeht an:
Nationalrat, z.H. Präsident Mag. Wolfgang Sobotka
Bundesrat, z.H. Präsident Mag. Christian Buchmann
Vorarlberger National- und Bundesräte
Vorarlberger Landesregierung, z.H. LH Mag. Markus Wallner*

B) Berichte

- a) Die Arbeiten am Hochbehälter der Wasserversorgung sind soweit abgeschlossen, sodass die Anlage provisorisch in Betrieb genommen werden konnte. Wir möchten, sobald dies möglich ist, das Projekt der Öffentlichkeit präsentieren. Wahrscheinlich ist eine Veranstaltung im Oktober.

- b) Die Flurreinigung hat heuer am 27. März stattgefunden. Heuer wurden Vereine speziell angeschrieben und die Gebiete schon im Vorfeld eingeteilt. Auf die anschließende Verköstigung mussten wir leider verzichten.
- c) Die Bauarbeiten an der Faschinastraße haben nach Ostern am 6. April gestartet. Dabei war es erforderlich, da die Ausfahrt Burgweg in die Kirchgasse öfters und auch für längere Zeit nicht passierbar ist, eine Verbindungsstraße vom Burgweg ins Oberlafun/Lafun herzustellen. Die Vollsperrung selber wird 10 Wochen dauern und die letzte Schulwoche sowie die Sommerferien betreffen.
- d) Infos aus der Regio: Obmann Bgm Kasseroler (Nenzing) und Obmann-Stv. Bgm Rauch (Dünserberg) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Auf Obmann-Stv. Bgm Tinkhauser folgt nun Bgm Schanung (Ludesch). Sonja Batlogg (Düns) wurde neu zur Rechnungsprüferin gewählt und führt dieses Amt gemeinsam mit dem wieder gewählten Rechnungsprüfer Rainer Hartmann (Frastanz).
- e) Um die Abläufe im Wertstoffhof gerade rund um die Feiertage möglichst gut zu gestalten und Staubbildungen zu vermeiden wird der Wertstoffhof an zusätzlichen Tagen geöffnet. Zusätzlich werden die Öffnungszeiten über die Sommermonate an Samstagen ausgeweitet. Wir bitten allerdings auch alle, sich an die Öffnungszeiten zu halten, um unnötige Staubbildungen zu vermeiden.
- f) Da im Dienstleistungszentrum einige Pensionierungen anstehen und Bludesch zudem angefragt hat, enger zu kooperieren haben wir dies zum Anlass genommen, das gesamte Projekt zu evaluieren und auf Herz und Nieren zu prüfen. Begleitet werden wir vom Büro ICG, welche uns schon beim Finanzdienstleistung Blumenegg begleitet haben.
- g) Der Aktenvermerk zu den Umlaufbeschlüssen wurde allen GV zugesendet. Wir bitten alle, sich an den Abstimmungen zu beteiligen.

C) Allfälliges

Franz Haid berichtet in Vertretung von Ausschussobmann Thomas Schöpf von der ersten und zweiten Sitzung des Infrastrukturausschusses. Seit der 3. GV – Sitzung am 21.01.2021 gab es zwei Sitzungen des Infrastrukturausschusses.

Sitzung des Infrastrukturausschusses am 26.01.2021

In dieser Sitzung wurden die Infrastrukturziele von allen Ausschussmitgliedern für die aktuelle Periode gesammelt, um diese anschließend zu clustern und Prioritäten zu definieren. Roland Köfler gab einen Überblick über die Datenerfassungseinrichtungen und Datenverbindungswege der Trinkwasserversorgung. Roland Köfler berichtete über Entwässerungsmaßnahmen in der Douglasstraße – Bereich Panorama Wohnbau. Seitens des Ausschusses gibt es die Empfehlung zur Durchführung der vorgeschlagenen Arbeiten. Es wird vereinbart, zu gegebenem Zeitpunkt die Wasserversorgungsanlagen und Abwasserversorgungsanlagen mit der Gemeindevertretung zu besichtigen.

Sitzung des Infrastrukturausschusses am 23.03.2021

Ersatzbeschaffung KLF

Feuerwehrkommandant Andreas Weber präsentierte ein Konzept zur Ersatzbeschaffung des Kleinlöschfahrzeuges (KLF, Baujahr 1994) der Feuerwehr. Eine Anschaffung ist im Jahr 2022 geplant. Der Ausschuss empfiehlt die Ersatzbeschaffung. Eine weitere Ersatzbeschaffung des Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung (LFB, Baujahr 1994) wird für das Jahr 2026 geplant. Für den Ersatz des Mannschaftstransportfahrzeuges (MTF, Baujahr 2006) ist eine Trennung in zwei Autos (KDO+MTRF) zu einem späteren Zeitpunkt angedacht. Aus derzeitiger Sicht kosten alle drei Ersatzbeschaffungen ca. 1,05 Mio. Euro.

Urnenwände bei der Kirche St. Anna

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung einstimmig die Vergabe der Arbeiten an die Fa. Lehm Ton Erde GmbH und Durchführung der Urnenwandsanierung entsprechend des vorliegenden Angebotes unter Berücksichtigung einer noch weiteren Modifizierung.

Trinkwasserversorgung - Erweiterung der LWL Verbindung

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Durchführung der Variante 3 zur Verlegung der LWL-Verbindung mit der Kooperation von Lampert TV.

Anraineranfrage für ein Durchfahrverbot der St. Annastraße

Seitens des Ausschusses gibt es keine Empfehlung für ein Fahrverbot. Es wird jedoch angeregt, Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen und Gespräche mit den Zuständigen des Landes zu führen, um zusätzliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung für Radfahrer zu realisieren.

Verkehrsberuhigung Dorfstraße und L193 Bereich Tisca

Bezüglich einer Temporeduzierung und eines separaten Zebrastreifens im Bereich der Dorfstraße und im Bereich der Fa. Tisca der L193 wird ein Gespräch mit den Zuständigen des Landes am 29.04.2021 geführt.

Sanierung der Zufahrt Herrengasse 41

Eine Asphaltierung der Gemeindestraße - Zufahrt Herrengasse 41 wird nicht empfohlen, jedoch eine Sanierung soll durchgeführt werden. Weitere Überlegungen, z. B. Verkauf an die Fam. Wernautz, werden nach Klärung der Widmungen der umliegenden Grundstücke erfolgen.

Berichte des Bürgermeisters über:

- Umwidmungsverfahren HB an der Ortsgrenze zu Bludesch
- Umbau auf der GP 255/5 – Fam. Krupalija

Arbeitsgruppe Kindergarten und Kinderbetreuung – Untergruppe Pädagogik

Trotz Corona war die Untergruppe Pädagogik in den letzten Monaten aktiv. Die 5. Sitzung der Untergruppe Pädagogik findet am Freitag den 30.04.2021 statt.

Das pädagogische Konzept, welches von Sabine Jochum Müller moderiert wurde, befindet sich in der Endfassung. Aus dem pädagogischen Konzept entsteht ein Entwurf für das Raumkonzept. Die Unterlagen und Erkenntnisse von den im Vorjahr besuchten Einrichtungen in Kennelbach, Muntlix, Schlins, Hilti-Schaan, Rankweil und

Bludesch und den Unterlagen der derzeit fertiggestellten Einrichtungen in den Gemeinden Nüziders, Frastanz, Rankweil, Sulz und Koblach sind eine wertvolle Unterstützung für die weiteren Planungen.

Der Entwurf des Raumkonzeptes ist ein wichtiger Baustein für die Festlegung des Standortes der geplanten Einrichtung für Kindergarten und Kleinkindbetreuung.

Der Bürgermeister bedankt sich bei der Arbeitsgruppe Friedhof, dass sie hier ein Einvernehmen zwischen Pfarrkirchenrat und Gemeinde gefunden haben und diese stimmig zusammengeführt haben. Der Bürgermeister betont, dass ihm eine gute Zusammenarbeit mit der Pfarre wichtig ist und die Arbeiten nun gemeinsam durchgeführt werden können. Mit den Lehmurnenwänden soll hier ein sehr schönes Vorzeigeprojekt geschaffen werden.

Reinhold Schneider berichtet aus dem Bildungs- und Kulturausschuss. Am 22.03.2021 fand die erste Sitzung für Bildung und Kultur in der Villa Falkenhorst statt. In Corona-Zeiten hat es diesen Ausschuss besonders hart getroffen. Längerfristige Planungen sind nicht möglich. Kurzfristig sind aktuelle Veranstaltungen in der Homepage der Villa Falkenhorst und über die Gemeinde abrufbar.

Ässa & Tschässa ist soweit in Planung und die Musikgruppen sind reserviert. Es wird gehofft, dass diese Veranstaltung im September ohne Einschränkungen stattfinden kann.

Werner Madlener berichtet aus dem Energie-, Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss der am 15.04.2021 getagt hat. Neben dem E-Auto war der geschützte Landschaftsteil Montiola und die Adlerfarnbekämpfung ein Thema. Patrick Studer hat sich in dieser Sache aktiv eingebracht und zwei betroffene Grundstücke für die Durchführung eines Pflegeschnitts zur Adlerfarnbekämpfung organisiert. Weiter Grundeigentümer können sich gerne melden.

Weiters wurde das Dorfwegekonzept von Otto Rinner vorgestellt.

Sabine Klapf macht ein Tauschlädile in der Region, sucht aber noch nach einer Räumlichkeit. Sollte jemand eine Lokalität für das Tauschlädile wissen, kann man sich gerne bei Otto Rinner melden.

Es gibt eine Aktion einer privaten Institution namens Frutara, welche sich zum Ziel gesetzt hat österreichweit Bienenwiesen anzulegen. Das Saatgut und eine Entschädigung an die Grundbesitzer werden dabei garantiert.

Melanie Loretz berichtet aus dem Familien-, Sozial- und Jugendausschuss. Der neue Geschäftsführer des JKAW wurde vorgestellt und hat angeboten, dass im JOIN in Nenzing Ausschusssitzungen durchgeführt werden können. Auch über Fresh & Easy wurde gesprochen. Angesichts der vielen Projekte wurde dieses Thema zeitlich nach hinten verlagert. In der Ausschusssitzung wurden viele Ideen vorgebracht und gesammelt. Hinsichtlich familieplus wird auch die Einbindung der Bevölkerung beim ein oder anderen Schwerpunkt angedacht. Abschließend bedankt sich Melanie Loretz beim Bürgermeister für die Unterstützung und der Gemeindevertretung für den Beitritt zum familieplus Programm.

Otto Rinner berichtet, dass seit der 3. GV am 21.01.2021 speziell im Blumenegger-Regioteam wieder einige Aktivitäten gelaufen sind.

Am 25.01., am 01.03. und am 12.04. fanden Teamsitzungen im DLZ statt. In Zwischenterminen wurden in Arbeitsgruppen die Thematik „Energiebuchhaltung/Energiecockpit“ und „Carsharing/Caruso“ detailliert bearbeitet. Die Untersuchungen, Erkenntnisse und Ergebnisse wurden an die Entscheidungsträger weiterkommuniziert.

Weiters wurden die Projekte „Raus aus Öl“, „Jugend und Energiehelden“, Fahrradwettbewerb „Radius2021“ und „I koof im Dorf“ weiterentwickelt.

Die lokalen Projekte werden ans Pandemie-Ende angepasst einen neuen Anlauf nehmen. Otto Rinner regt an, dass Überlegungen zur zwischenzeitlichen Platzierung der abgebaute E-Tankstelle der Raiba am Dorfplatz erfolgen könnte.

Michael Tschann bittet, zukünftig den Beginn der Gemeindevertretungssitzungen wieder auf 20:00 Uhr festzulegen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass damals der Gedanke war, dass die Bevölkerung an den Sitzungen teilnehmen kann und der Sitzungsstart vor Beginn der Ausgangsbeschränkungen festgelegt wird. Da mit 19.05. die Ausgangssperre wieder aufgehoben wird, kann die nächste Sitzung wieder um 20:00 Uhr starten.

Markus Hartmann bittet, dass zukünftig Sitzungen wieder mit physischer Anwesenheit stattfinden. Weiter interessiert er sich, ob das pädagogische Grobkonzept für das Raumkonzept des Kindergartenneubaus soweit fertig ist und die Firma Hilti miteingebunden wurde.

Franz Haid antwortet, dass noch eine Sitzung stattfinden soll, die aufgrund von Corona nicht möglich war. Das Konzept steht ansonsten soweit und auch Ines Reilly von der Fa. Hilti war bei den Sitzungen dabei.

Markus Steiner bittet darum, dass die Arbeitsgruppe nach Abschluss des pädagogischen Grundkonzeptes wieder eingebunden wird, bevor Entscheidungen getroffen werden.

Der Bürgermeister teilt mit, dass das pädagogische Grundkonzept fertiggestellt wurde und der Arbeitsgruppe präsentiert wird. Die Entscheidung welche Form der Kindergartenneubau annehmen wird, liegt bei der Gemeindevertretung.

Günter Wernautz teilt mit, dass er Verständnis für einen sparsamen Umgang einer Gemeinde gerade in Corona Zeiten habe. Dennoch sieht er für die Gemeindestraße (Gst.-Nr. 1436) dringenden Handlungsbedarf und bittet um Asphaltierung der Straße.

Markus Hartmann schlägt vor, dass die Straße im Gemeineigentum bleiben soll. Es sollen Überlegungen angestellt werden, mittels Spritzbeton die Straße zu sanieren.

Günter Wernautz fragt, ob eine Generalsanierung günstiger ist, wie die Asphaltierung bei der jahrelang keine Kosten für Sanierungsarbeiten entstehen würden.

Otto Rinner schlägt vor, dass Roland Köfler die verschiedenen Varianten ausarbeiten soll.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Varianten in der nächsten Ausschusssitzung besprochen werden sollen.

Reinhold Schneider fragt beim Bürgermeister an, ob bekannt ist wann die Bauarbeiten am Raiba Gebäude starten.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es sich hierbei um ein laufendes Verfahren handelt und er sich dazu nicht äußern könne.

Berno Witwer verliest Folgendes:

Zur unmenschlichen lebensbedrohenden Situation besonders der Kinder und Frauen in Lesbos, haben die Gemeinde Rankweil, die Bürgermeister Kasseroler Nenzing, Egger Hohenems, Fischer Lustenau, sowie alle SPÖ und Grüne Bürgermeister zur Hilfe durch Aufnahme der vom unglaublichen Leid Betroffenen durch unser Land Österreich aufgerufen. Der frühere Caritasseelsorger Elmar Simma hat diesem politischen Verhalten in einem Leserbrief der VN seine Anerkennung ausgesprochen, dem schließe ich mich an 1:1 an. Als Grundforderung an Menschlichkeit, gilt es auch für uns, diesen Entschluss zur Aufnahme von Asylanten in Österreich, mit einem entsprechenden Gemeindevertretungsbeschluss klar zum Ausdruck zu bringen und diesen mit Nachdruck an die Bundesregierung weiterzuleiten. Mit Reinhold Schneider, Franz Haid und Michael Tschann, haben wir Funktionäre der Pfarre bzw. mit Pfarraufgaben Betraute in unseren Reihen, denen ich in der Sache, das Vertrauen schenke, dass sie diese Mindestforderung an Menschlichkeit von unserer Bundesregierung einfordern und diese Petition dementsprechend kräftig unterstützen. Dieser Wunsch gilt natürlich an alle von uns als Menschen mit Empfinden und als Teil von politischen Entscheidungsträgern unseres Landes, dem "... vielgerühmten Österreich."

Reinhold Schneider fragt, ob die Apotheke mit Erdwärme versorgt wird, da die Fa. Plankel auf der östlichen Gebäudeseite Bohrungen durchführt.

Der Bürgermeister antwortet, dass er dies abklären werde.

Otto Rinner fragt, für was die Fernwärmerohre im Bereich des Lamperthaus gedacht sind.

Der Bürgermeister wünscht allen Anwesenden noch einen schönen Abend und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 21:17 Uhr

Der Schriftführer:

Johannes Rauch



Der Bürgermeister:

Mag. Harald Witwer